



36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Gremium:

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:

Dienstag, 12.06.2012, 18:00 Uhr

Ort, Raum:

**Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.05.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Gesundheitsamt 2020
- 5 Vorstellung der Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2011
- 6 Zwischenbericht zur Errichtung eines "Bürgerservice für soziale Fragen"
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Wiedervorlagen
 - 7.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
11/SVV/0907
Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012;
WV StVV Juni 2012
 - 7.2 Masterplan, Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GPR)
12/SVV/0302
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine



Niederschrift 35. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.05.2012
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Klara Geywitz	SPD	ab 18:10 Uhr
Frau Heike Judacz	SPD	
Frau Maike Dencker	CDU	
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Christine Anlauff	Die Andere	
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	bis 19:45 Uhr
--------------------	-----------	---------------

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	
Herr Björn Karl	FDP	
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Franziska Schumann	SPD	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Christina Wolf	SPD	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	nicht entschuldigt
Frau Julia Laabs	Die Andere	nicht entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt

Herr Jan-Peter Schmarje

Behindertenbeirat

nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Ivo Litschke	ver.di
Frau Judith Lauer	ver.di
Herr Sebastian Dienst	Klinikum „Ernst von Bergmann“
Frau Ina Brau	Klinikum „Ernst von Bergmann“
Herr Dr. Christian Kieser	Klinikum „Ernst von Bergmann“
Herr Rüdiger Schmolke	Chill out
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Magdolna Grasnick	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Nicole Dörnbrack	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.04.2012/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen aus der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Vorstellung der Arbeit der Suchtpräventionsfachstelle von "Chill out"
- 5 Vorstellung der Arbeit der Suchtberatungsstelle der AWO
- 6 Information über die Versorgung Suchtkranker im Klinikum "Ernst von Bergmann"
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum
Vorlage: 11/SVV/0712
Fraktion Die Andere
- 7.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012;
WV StVV Juni 2012
- 7.3 Masterplan, Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GPR)
Vorlage: 12/SVV/0302
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Aufsuchende Sozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam (Streetwork)
Vorlage: 12/SVV/0288
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 9 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.04.2012/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 24.04.2012

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze erinnert daran, dass sich der Ausschuss für Gesundheit und Soziales bereits mit der Thematik des Tagesordnungspunktes 8.1 „Aufsuchende Sozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam (Streetwork)“ beschäftigt hat. Eine erneute Behandlung in der heutigen Sitzung ist somit nicht erforderlich.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Tagesordnung mit dem vorgebrachten Änderungswunsch zum Tagesordnungspunkt 8.1.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen aus der Verwaltung

In Vorbereitung des Ausschusses hatte Frau Schulze die Verwaltung gebeten, einen Sachstand zur aktuellen Antragsgestaltung bezüglich des BuT-Paketes sowie eine Aussage zum Einsatz der Bundesmittel zu geben.

Frau Latacz-Blume legt ihre Ausführungen dem Protokoll schriftlich bei.

Sie informiert darüber, dass seit dem 01.01.2011 von den 5.326 anspruchsberechtigten Kindern aller Rechtskreise des Bildungs- und Teilhabepaketes 3.330 Kinder erreicht werden konnten. Dies ist eine Gesamtquote von 62,5 %.

Gemessen an dem Bundesdurchschnitt liegt die Landeshauptstadt Potsdam deutlich darüber. Dennoch ist der Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt

mit dem Ergebnis nicht zufrieden, da trotz großer Bemühungen und einer intensiven Werbung nicht alle Kinder erreicht werden konnten.

Ebenfalls in Auswertung der Leistungsgewährung seit dem 01.01.2011 stellt sich die Verteilung der Leistungen auf die einzelnen Bereiche wie folgt dar:

- Klassenfahrt/Schulausflüge 1.314 Einzelleistungen
- Schulbedarf 2.834 Einzelleistungen

- Mittagessen 2677 Einzelleistungen
- Lernförderung 33 Einzelleistungen
- Kulturelle Teilhabe 968 Einzelleistungen
- Schülerbeförderung 111 Einzelleistungen

Die Leistungen des BuT werden über die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft gegenfinanziert. Insgesamt werden 35,8 % der Kosten erstattet.

Davon entfallen für Leistungen des BuT: 5,4 %, für Schulsozialarbeit und Mittagessen der Hortkinder 2,8 % und für Verwaltungskosten BuT 1,2 %.

Somit beteiligt sich der Bund im Jahr 2011 lediglich mit 26,4 % an den Kosten der Unterkunft. Die nicht verbrauchten Mittel aus dem BuT wurden zum Ausgleich der Unterdeckung bei den Kosten der Unterkunft eingesetzt.

Bei der Lernförderung wurden bisher 69 Anträge gestellt, wovon 36 auf Grund fehlender Voraussetzungen abzulehnen waren. In diesen Fällen bestand keine Versetzungsgefahr wie erforderlich ist.

Frau Schulze bedankt sich für die Ausführungen. Sie fragt nach, ob es sich als ungünstig herausgestellt hat, dass Lehrerinnen und Lehrer die Zuarbeit für die Anspruchsprüfung der Leistungen auf Schulförderung erstellen müssen. Sie sieht darin einen falschen Ansatz.

Frau Latacz-Blume schließt dies aus. An das pädagogische Lehrpersonal wurde mehrfach der Appell der Unterstützung gerichtet.

Frau Basekow plädiert dafür eine Gesetzesinitiative zu starten. Ihrer Ansicht nach kann es nicht sein, dass ein Kind erst versetzungsgefährdet sein muss, um eine Lernförderung zu erhalten. Dies ist der falsche Ansatz.

Frau Müller-Preinesberger unterstützt Frau Basekow in ihren Ausführungen. Ein Kind muss z.B. zur Stabilisierung auch gefördert werden, wenn es eine Versetzungsgefährdung gerade überwunden hat. Die Landeshauptstadt hat bereits über den Städte- und Gemeindebund sowie über den Deutschen Städtetag Kritik am Bundesgesetz angemeldet.

Nachtrag aus der Ausschusssitzung vom 20.03.2012

Aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales vom 20.03.2012 gab es noch zwei offene Anfragen an das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam. Frau Anlauff bat um Information, ob es eine statistische Erfassung darüber gibt, wie viele Menschen nach einer Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt wieder in den Leistungsbezug SGB II zurückkehren.

Das Jobcenter teilte hierzu mit, dass dazu keine statistischen Angaben vorliegen.

Frau Ngo hatte nachgefragt, ob das Jobcenter über Fördermöglichkeiten im Migrantenbeirat berichten könnte.

Der Integrationsplaner des Jobcenters, Herr Bindheim, wird sich mit dem Migrantenbeirat in Verbindung setzen und einen Termin abstimmen.

zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

Frau Schulze teilt mit, dass Herr Schmarje und Frau Ngo an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Die Berichte des Migrantinnenbeirats und Behindertenbeirats entfallen somit.

Seniorenbeirat

Herr Puschmann hat Informationen zu Aktivitäten des Seniorenbeirats schriftlich ausgereicht und beantwortet noch weitere Nachfragen.

Frau Dr. Herzel bittet um Information, wie hoch bisher der Kartenabverkauf für die Auftakt- und Abschlussveranstaltung der 19. Brandenburgischen Seniorenwoche ist.

Herr Puschmann teilt mit, dass der Kartenverkauf für die Schifffahrt besonders gut läuft. Die Auftaktveranstaltung ist generationsübergreifend. Die Musikschule Potsdam ist hier mit eingebunden. Der Kartenverkauf für die Veranstaltung läuft noch sehr schleppend. Die Abschlussveranstaltung in der Kirche St. Peter und Paul läuft ebenfalls noch schleppend. Hier ist der Seniorenbeirat aber sehr optimistisch, dass noch viele Karten verkauft werden.

Frau Dencker bittet Herrn Puschmann um eine kurze Erläuterung zu Punkt 10 seiner schriftlichen Ausführungen.

Herr Puschmann erläutert, dass es sich beim 08.06.2012 um die vorgelagerte Eröffnungsveranstaltung der Seniorenwoche im Stern-Center handelt.

Die Veranstaltung ist eine Gemeinschaftsaktion der Stadtverwaltung Potsdam und des Seniorenbeirates unter Mitwirkung der

- Wohlfahrtsverbände und Seniorenvereine,
- Seniorengruppen der Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbänden
- Träger von Einrichtungen der Altenhilfe.

Das Grußwort wird durch den Staatssekretär des MASF Herrn Prof. Dr. Schröder gehalten.

Frau Basekow wünscht ein paar Auskünfte zum Stand der Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“, z.B. wie viele Anträge sind eingegangen?

Soll noch immer verstärkt Werbung für die Stiftung gemacht werden oder ist aufgrund begrenzter finanzieller Mittel kein Spielraum mehr vorhanden?

Frau Müller-Preinesberger teilt dazu mit, dass in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zum Tätigkeitsbericht der kommunalen Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ auf der Tagesordnung ist. Im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung gibt es dazu Pressearbeit.

Das Antragsvolumen hat zwar zugenommen, dennoch können noch mehr Anträge gestellt werden.

Vorstellung der Arbeit der Suchtpräventionsfachstelle von "Chill out"

Frau Schulze eröffnet den nächsten Tagesordnungspunkt und begrüßt die 4 Gäste des Ausschusses, die zur Suchtproblematik referieren. Die Vorträge werden dem Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Schmolke wird seinen Vortrag noch verlinken, um den Lesern mehr Informationen zukommen zu lassen.

Herr Schmolke als Leiter der Suchtpräventionsfachstelle Potsdam Chill out e.V. stellt die Arbeit seiner Fachstelle vor.

Herr Schmolke hebt die enge Kooperation mit der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke und Suchtgefährdete der AWO hervor.

Herr Schmolke erläutert den Ansatz der akzeptierenden Drogenarbeit, der auch die gesellschaftliche Vielfältigkeit widerspiegelt.

In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis der zu Beratenden verändert. Dabei hat die Beratung von Fachkräften deutlich zugenommen.

Nach wie vor sind die meisten Termine Einzelkontakte. 44 % der Suchtberatungen sind mit Personen im Alter bis 27 Jahre. Dies macht die Besonderheit von Chill out aus. Typisch sind Beratungen rund das Alter von 15 Jahren.

Herr Schmolke hebt in seinen Ausführungen das Projekt HaLT (Hart am Limit) besonders hervor. Seit Jahren ist das Projekt im Gespräch. Chill out ist optimistisch, dass das Projekt mit alkoholintoxikierten Jugendlichen in diesem Jahr umgesetzt wird.

Chill out richtet sich mit den Präventionsmaßnahmen zu 2/3 an Multiplikatoren und zu 1/3 an Einzeladressaten.

Herr Schmolke betont an dieser Stelle die Bedeutung der AG Suchtprävention nach § 78 SGB VIII. Als Netzwerksprecher berichtet er regelmäßig in den Jugendhilfeausschüssen über die Arbeit der AG.

Chill out ist seit 2012 auf das freiLand-Gelände in der Friedrich-Engels-Straße gezogen.

Frau Anlauff bittet um eine kurze Erläuterung, wie die Beratungen zustande kommen.

Herr Schmolke teilt mit, dass die Jugendlichen selbst in die Friedrich-Engels-Straße zur Beratung kommen oder teilweise der Einstige auch über die Eltern vermittelt wird.

Die Beratungsstelle erreicht natürlich nur die Spitze des Eisberges. Wichtig ist die Mundpropaganda unter den jungen Leuten.

Frau Dr. Herzel interessiert, ob es bei den Kindern und Jugendlichen derzeit einen Trend im Drogenkonsum gibt. D.h. welche Drogen werden verstärkt genommen.

Herr Schmolke kann keinen Trend darstellen. Jedoch gibt es Schwerpunkte in der Arbeit, z.B. die Mediensucht. Belastbare und repräsentative Daten kann Herr Schmolke jedoch nicht benennen, da bei Chill out zurzeit nur 120 Konsumenten vorliegen.

Bei den Beratungen steht Cannabis im Vordergrund, bei der Präventionsarbeit Alkohol.

Herr Schultheiß erinnert daran, dass im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden vor ca. einem Jahr Beschwerden von Eltern gegen die akzeptierende Arbeit von Chill out behandelt wurden.

Herr Schultheiß zitiert Auszüge aus der Webseite von Chill out zur Darstellung

der akzeptierenden Drogenarbeit. Herr Schultheiß sieht damit die Befürchtungen der Eltern als bestätigt.

Frau Schulze macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden nicht öffentlich tagt und die behandelten Sachverhalte hier nicht offengelegt werden sollten.

Herr Schultheiß verweist darauf, dass er keine Einzelfälle darstellt. Ihm ist nicht erklärlich, warum die Suchtpräventionsfachstelle Angebote an Kitas unterbreitet. Was macht Chill out mit Dreijährigen.

Herr Schmolke verweist auf das lernende Verhalten von Kindern und die Beratungsangebote an Erzieherinnen.

Frau Müller-Preinesberger findet die Arbeit mit Kindern in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Kinder müssen lernen Nein zu sagen und eine eigene Meinung zu entwickeln, um sich in einer Gruppe durchzusetzen.

Herr Schmolke bedankt sich bei Herrn Schultheiß für den Hinweis auf den Ausschuss. Dies bietet ihm noch einmal die Möglichkeit darauf zu verweisen, dass es in einigen Teilen der Bevölkerung den Wunsch auf absolute Abstinenz gibt. Dieser Ansatz ist aber nicht realitätsnah.

Frau Dencker bedankt sich für den interessanten Vortrag. Chill out arbeitet mit vielen Ehrenamtlern. Sie fragt nach, wie die ehrenamtlichen Helfer akquiriert werden.

Weiterhin bittet sie um Informationen, ob Chill out nur in Potsdam tätig ist und ob es eine Aussage zur Geschlechterverteilung der Klienten gibt.

Herr Schmolke teilt mit, dass viele ehemalige Praktikanten dem Verein erhalten bleiben. Meist handelt es sich um junge Studierende, die durch Chill out fachlich betreut werden. Von ihnen werden aber keine eigenen Beratungen abgedeckt. Chill out hat Kontakte mit der Potsdamer Fachhochschule, ein Forschungsauftrag liegt aber nicht vor.

Chill out ist nicht nur in Potsdam tätig.

Bei den Klienten kann eindeutig festgestellt werden, dass Männer gefährdeter sind. Ca. 70 % der Betreuten sind Männer.

Frau Dr. Lotz findet die aktive Arbeit von Chill out sehr gut. Die Diskussion zur akzeptierenden Drogenarbeit gibt es schon lange, obwohl sie sehr niedrigschwellig ist.

Frau Dr. Lotz interessiert wie viele Kinder und Jugendliche durch gerichtliche Anforderungen zu Chill out kommen.

Herr Schmolke teilt mit, dass 3 Vermittlungen über Bewährungsaufgaben erfolgten. Wichtig ist dabei, dass Kurzkontakte (unter 20 Terminen) nicht gezählt werden. Es gibt eine Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe. Entscheidend ist hier die Schwere des Drogenkonsums. Dann ist oftmals die AWO erster Anlaufpunkt.

Frau Geywitz bestätigt, dass es immer wieder Diskussionen zum Ansatz gab und gibt. Sie verweist noch einmal darauf, dass es aber eine ausdrückliche Entscheidung des Jugendhilfeausschusses war.

Frau Geywitz findet die Arbeit des Trägers und dessen Ausweitung sehr gut. Sie möchte wissen, welche Einbindung im Netzwerk der Landeshauptstadt Potsdam gegeben ist.

Herr Schmolke sieht Chill out im Netzwerk gut eingebunden. Für Notfälle liegt eine Kontakte-Liste vor.

Herr Lack verweist auf die steigende Präsenz der Facebook-Nutzung. Gibt es einen Bedarf an Online-Beratungen?

Herr Schmolke teilt mit, dass dies bei Chill out noch kein Thema ist und personell auch nicht geleistet werden kann.

zu 5 **Vorstellung der Arbeit der Suchtberatungsstelle der AWO**

Frau Schubert gibt einen kurzen Einblick in die Entstehungsgeschichte, den Inhalt der Arbeit und die Mitglieder des AK Sucht-Erwachsene.

Frau Schubert teilt mit, dass Erfahrungen aus Bundesprojekten in die Arbeit des AK Sucht mit einfließen.

1999/2000 wurde in der Landeshauptstadt unter Mitarbeit des AK Sucht das erste Suchtkonzept erarbeitet.

2002 wurde das Wohnprojekt für Suchtkranke ins Leben gerufen.

2007/2008 erfolgte die Evaluation der Umsetzung des Suchtkonzeptes durch die Befragung von Mitarbeitern der Suchtkrankenhilfe. Infolge der Ergebnisse wurde die Verbindung der Suchtproblematik mit der Beschäftigungsproblematik als Schwerpunktthema festgesetzt.

In Zusammenarbeit mit dem Träger Euro Train und dem Integrationsplaner des heutigen Jobcenters Landeshauptstadt Potsdam wurde ein Trainingsprojekt für Suchtkranke entwickelt. Noch heute wird das Projekt umgesetzt.

Der AK Sucht ist stolz auf die Ergebnisse. So konnten seit Beginn des Projektes 13 Teilnehmer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden.

Frau Schubert gibt abschließend einen kurzen Überblick über die aktuellen Mitglieder des AK Sucht. Leider sind immer weniger Krankenkassen beteiligt.

Die AK Sucht ist sehr gut vernetzt.

2012 wird am Thema Sucht weitergearbeitet unter anderem gemeinsam mit dem Oberlinhaus und mit Studenten aus London.

Der AK Sucht hat großes Interesse an der Mitarbeit bei der Überarbeitung des Suchtkonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam in diesem Jahr.

Frau Schulze bittet um Nachfragen.

Frau Dencker fragt nach, ob Chill out nicht Mitglied des AK Sucht ist.

Frau Schubert verneint dies. Chill out leistet präventive Arbeit vornehmlich für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene. Der AK Sucht ist für Erwachsene.

Frau Trauth-Koschnick begrüßt die Weiterarbeit am Thema Sucht im Zusammenhang mit geistiger Behinderung und unter Beachtung der Erstellung von Informationsmaterialien in einfacher Sprache.

Frau Schubert unterstreicht noch einmal ihr Anliegen die Unterlagen in eine „leichte“ und verständliche Ausdrucksform umzuschreiben.

Vorstellung der Arbeit der Ambulanten Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke und Suchtgefährdete der AWO

Frau Niehaus stellt sich als Leiterin der AWO Suchtberatungs- und Behandlungsstelle seit 2009 vor.

Die Beratungs- und Behandlungsstelle unterstützt an erster Stelle Klienten mit Suchtproblemen. Daher ist es notwendig zeitnah einen ersten Termin zur Beratung zu ermöglichen. Es werden Einzelgespräche aber auch moderierte Gruppengespräche angeboten.

Da das Thema sehr schambesetzt ist, gibt es seit 2005 z.B. eine Gruppe nur für Frauen.

Die Beratungs- und Behandlungsstelle ist auch für die Arbeit mit Angehörigen zuständig.

So werden z.B. Seminare für Angehörige angeboten, die mit der teilweise sehr belastenden Situation klar kommen müssen.

In Potsdam behandelt zurzeit nur ein Arzt Drogenabhängige. Mit dem Klinikum „Ernst von Bergmann“ gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit.

Seit 2005 ist die Beratungsstelle auch zu einer Behandlungsstelle ausgebaut worden. Es werden ambulante Suchttherapie und Nachsorge angeboten.

Auf dem Gebiet werden oft Modellprojekte umgesetzt. So gibt es seit 2008 ein Bundes- und Landesmodellprojekt zum pathologischen Glücksspiel. Gelder stehen hierfür noch bis Ende des nächsten Jahres zur Verfügung.

Neu sind z.B. auch anonyme Beratungen auf dem online-Portal bzw. Internetberatungen für Eltern. (delphi)

2011 hat die AWO unter anderem 2386 Einzelberatungen durchgeführt. Insgesamt wurden 132 Termine mit Kooperationspartnern, in Gremien, Modellprojekten, Selbsthilfegruppen und öffentlichen Veranstaltungen durchgeführt. (weiteres Zahlenmaterial als Anlage des Protokolls)

Bei der Verteilung der Suchtphänomene nimmt der Alkohol mit Abstand die erste Stelle ein. Glücksspiel ist zunehmend.

In diesem Jahr hat die Beratungsstelle 20jähriges Jubiläum. Dazu wird es am 29.08.2011 ein Jubiläumsfest und am 24.10.2012 eine Fachtagung im Kutschstall geben.

zu 6 Information über die Versorgung Suchtkranker im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Herr Dr. Kieser stellt in seinem Vortrag die 10 häufigsten nach der WHO benannten Erkrankungen vor. Die Alkoholabhängigkeit nimmt dabei nach der unipolaren Depression die zweite Stelle in der Rangfolge ein. Legale Suchtmittel sind das größte Problem.

Dramatisch ist dabei, dass weniger als 10 % der Suchtkranken /Alkoholabhängigen in Behandlung sind. Dies ist umso erschreckender, da im Jahr 2009 die häufigste Todesursache auf Alkoholkonsum zurückzuführen ist.

40% der Patienten im Zentrum für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Klinikum „Ernst von Bergmann“ werden wegen Abhängigkeitserkrankungen behandelt.

Seit Anfang 2012 gibt es in der Aue eine qualifizierte Entzugsbehandlung in der teilstationären Tagesklinik mit 15 Plätzen.

In der Psychiatrischen Institutsambulanz (PIA) wird gegenwärtig in Kooperation mit der AWO der Suchtschwerpunkt aufgebaut.

Ergebnisse von Entwöhnungsbehandlungen sind besser als ihr Ruf.

Herr Dr. Kieser spricht eine Einladung an die Ausschussmitglieder zur Eröffnungsveranstaltung der Tagesklinik für Abhängigkeitserkrankungen für den 08.06.2012 in die Aue aus. Die Einladung kann der Power Point Präsentation entnommen werden.

Frau Schulze bittet um eine Information zum eigenen Krankenstand in der Klinik.

Herr Dr. Kieser teilt mit, dass es hier keine Unterschiede zu anderen Einrichtungen gibt. Das Fachpersonal erhält Supervisionen zur Entlastung und spezifische Fortbildungen.

Frau Anlauff fragt nach, wann man sagen kann, dass ein Patient „trocken“ ist. Wie ist die Lebensqualität der Patienten? Wo sind die Fallen?

Herr Dr. Kieser teilt mit, dass es keine eigenen Erhebungen dazu gibt. Erfahrungen des Klinikums zeigen jedoch, dass die Erfolge von qualifizierten Entzugsbehandlungen sehr gut und nachhaltig sind. Wichtig ist jedoch eine Früherkennung der Erkrankung und eine gezielte präventive Arbeit.

Frau Schulze schließt sich den Worten von Herrn Dr. Kieser an und begründet mit dem hohen Stellenwert der präventiven Arbeit auch die heutigen Vorstellungen.

Frau Dr. Lotz möchte wissen, wie sich bei „Wiederholungstätern“ die Krankenkassen verhalten.

Herr Dr. Kieser beschreibt die Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen tatsächlich als sehr unerfreulich. Das Klinikum nimmt es hier im Sinne des Patienten auch in Kauf, wenn der MDK Behandlungstage wegbrechen lässt.

Frau Trauth-Koschnick ist über die Zahlen sehr erschreckt. Wichtig ist es gegen die Suchterkrankungen zu arbeiten und diese zu verhindern. Kann die Landeshauptstadt hier tätig werden?

Herr Dr. Kieser sieht hier verstärkt die Gesundheitspolitik auf Bundesebene in der Pflicht. Er verweist dabei auf die zunehmenden Alkoholwerbungen, leichte Verfügbarkeit von Alkohol oder auch die Preisgestaltung.

Herr Schmolke richtet seine Arbeit auch an Studien aus. In Bereichen der Frühintervention kann man junge Leute noch erreichen. Für Kommunen ist die Thematik alleine nicht finanzierbar.

Herr Schultheiß informiert, dass die Stadtverordneten sich entschieden haben Alkohol in der Öffentlichkeit nicht zu verbieten. Er bittet Herrn Dr. Kieser um seine Meinung aus medizinischer Sicht.

Herr Dr. Kieser bestätigt, dass man mit Verboten bei der Thematik nichts erreichen kann. Es ist eine Frage, wie offen die Gesellschaft mit dem Thema umgeht.

Frau Dencker fragt nach, wie kontrolliert wird, dass die gesetzlichen Regelungen beim Alkoholkauf eingehalten werden.

Frau Müller-Preinesberger hebt an dieser Stelle noch einmal die Bedeutung des Kinderschutzes hervor. Kontrollen finden statt. Dennoch setzt die Landeshauptstadt verstärkt auf Aufklärungsarbeit, z.B. in Jugendklubs. Jugendliche finden immer Auswege, so werden z.B. beim Kauf Volljährige vorgeschoben. Hier stößt Kontrolle an ihre Grenzen.

zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 7.1 **Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum**

Vorlage: 11/SVV/0712

Fraktion Die Andere

Frau Schulze begrüßt zum Tagesordnungspunkt die Gäste Herrn Ivo Litschke und Frau Judith Lauer von ver.di sowie Herrn Sebastian Dienst und Frau Ina Brau vom Klinikum „Ernst von Bergmann“. Herr Günther hatte zur Thematik auch um Einladung der AOK gebeten, diese hat jedoch eine Teilnahme abgesagt. Die AOK hat ihr Fernbleiben damit begründet, dass sie mit Blick auf die gesetzlichen Regelungen keine Möglichkeit sehen, einen angemessenen Beitrag in der Ausschusssitzung zu leisten.

Frau Schulze bittet um Abstimmung zum Rederecht der Gäste.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 1

Frau Lauer weist darauf hin, dass Auszubildenden eine ausreichende Ausbildungsvergütung zur Verfügung stehen muss und somit vom Arbeitgeber auch gezahlt werden muss.

Die Ausbildungsvergütung des Klinikum entspräche nicht den Vorgaben des Bundesarbeitsgerichts. Die vom Klinikum gezahlte Ausbildungsvergütung läge unter dem bundesarbeitsrechtlich definierten Standard und sei damit rechtswidrig. Frau Lauer benennt folgende Ausbildungsvergütung:

1. Jahr. 626,53 €, das sind 71,5 %
2. Jahr: 677,71 €, das sind 72,3 %
3. Jahr: 780,18 €, das sind 75,1 %

Herr Dienst weist die Behauptungen von Frau Lauer entschieden zurück. Das Klinikum leitet sämtliche Beträge, die die Krankenkassen für die Ausbildungsvergütung erstatten an die Auszubildenden weiter. Die Auszubildenden erhalten keine Zahlungen unter 80 %.

Gemäß § 17 Abs. 7 Krankenhausgesetz wird den Auszubildenden kein Geld vorenthalten. Das Klinikum befindet sich im kommunalen Arbeitgeberverband ohne tarifliche Bindung. Der TV A öD findet dementsprechend keine Anwendung. Vielmehr ist die Höhe der Ausbildungsvergütung das Ergebnis der Aushandlung mit den Krankenkassen. Der verhandelte Satz wird in vollem Umfang an die Auszubildenden gezahlt. Richtig ist, dass die Vergütung auf Bundesebene und im Land Brandenburg nicht auf Topniveau ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Krankenkassen keine einheitliche Linie fahren. Es ist daher symptomatisch, dass die AOK den heutigen Termin abgesagt hat.

2011 konnten in harten Verhandlungen bereits Verbesserungen für die Auszubildenden erreicht werden.

Die Pflegeschule des Klinikum bildet für 10 Krankenhäuser aus. Hier treffen unterschiedliche Vergütungen aufeinander. Das Klinikum findet diese Entwicklung nicht gut.

Frau Schulze bitte um eine Information/Aufklärung, ob die Vergütung nun gesetzlich geregelt ist oder auf Verhandlungen basiert.

Frau Geywitz möchte von Frau Lauer wissen, gegen welches Gesetz das Klinikum genau verstoßen haben soll. Sie möchte wissen, wo der Regelungsrahmen außerhalb des Tarifrechts liegt, das für das Klinikum „Ernst von Bergmann“ nicht gilt.

Frau Müller-Preinesberger verweist darauf, dass wir nicht in Tarifgesprächen sind. Sie verweist auf den ursprünglichen Antragstext und zitiert aus dem Schreiben der AOK, welches als Protokollanlage beigefügt wird.

Frau Müller-Preinesberger sieht das Problem eher darin, dass ein einheitlicher Bundesbasisfallwert umgesetzt werden muss, der die Kliniken im Land Brandenburg in eine bessere finanzielle Ausgangssituation, gerade auch im Verhältnis zum benachbarten Land Berlin, bringt. Es muss angestrebt werden, dass im Land Brandenburg alle Auszubildenden in den Krankenhäusern gleich vergütet werden.

Frau Lauer nimmt Bezug auf die Frage von Frau Geywitz und verweist auf das Berufsbildungsgesetz und den TV A öD.

Herr Dienst kündigt an, die Aussage von Frau Lauer über seine Rechtsstelle prüfen zu lassen, damit sich das Klinikum „Ernst von Bergmann“ von dem Vorwurf entlasten kann.

Frau Anlauff nimmt Bezug auf den Antrag ihrer Fraktion. Die Andere kam zur Kenntnis, dass das Klinikum nicht alle möglichen Zahlungen von den Krankenkassen ausschöpft und den Auszubildenden somit Gelder vorenthalten werden. Ziel ist es, von den Krankenkassen alles herauszuholen und 1:1 an die jungen Leute weiterzureichen.

Dafür sollen sich die Ausschussmitglieder, Stadtverordneten und die Verwaltung einsetzen.

Herr Schultheiß fasst zusammen, dass sich das Klinikum genauso verhält wie es der Antrag fordert.

Frau Schulze bittet die Ausschussmitglieder um Abstimmung, wer den Antrag daher als erledigt ansieht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

Frau Schulze bittet das Klinikum um eine Rückinformation zu den Verhandlungsergebnissen mit den Kassen sowie der Fragestellungen von Frau Geywitz und Frau Schulze.

zu 7.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012;
WV StVV Juni 2012

Frau Müller-Preinesberger bringt den Eckwertebeschluss in den Ausschuss ein. Sie verweist auf das Ziel, im Jahr 2015 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben.

Frau Geywitz hat gegenwärtig keine anderen Vorschläge zur Verfügung. Sie sieht noch Abstimmungsbedarf in der Fraktion.

Frau Dencker möchte die Vorlage zurückstellen lassen. Der Jahresabschluss liegt jetzt erst vor. Es wird noch mehr Zeit zur Diskussion benötigt.

Frau Schulze bittet um Abstimmung, über Zurückstellung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Somit wird der Antrag zurückgestellt.

zu 7.3 Masterplan, Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GPR)

Vorlage: 12/SVV/0302

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Lotz bringt den Antrag ein.

Frau Basekow findet die Thematik wichtig und würde den Antrag gerne unterstützen. Hierzu sind jedoch klare Ziele erforderlich, die sie im Antrag nicht sieht.

Frau Geywitz schlägt vor den Antrag zurückzustellen, da hier kein Zeitdruck gegeben ist.

Frau Schulze bittet um Untersetzung des Antrages und um einen Abgleich mit der Potsdamer Verwaltungsstruktur.

Sie bittet daher um Abstimmung zur Zurückstellung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Somit wird der Antrag zurückgestellt.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Aufsuchende Sozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam (Streetwork)

Vorlage: 12/SVV/0288

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Die Mitteilungsvorlage wird ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

zu 9 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Trauth-Koschnick bittet darum, ein Schreiben der Bundesgleichstellungsbeauftragten zum Protokoll zu nehmen.

Frau Schulze erinnert noch einmal an die Integrationskonferenz am 30.05.2012.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 12. Juni 2012, 18:00 Uhr

Jana Schulze
Ausschussvorsitzende

Nicole Dörnbrack
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
12.06.2012	18:00 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende



Betreff:

öffentlich

Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service	Erstellungsdatum	17.11.2011
	Eingang 902:	

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Jugendhilfeausschuss Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
20.12.2011	Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung		
20.12.2011	Ausschuss für Kultur		
21.12.2011	Hauptausschuss		
10.01.2012	Ausschuss für Eingaben und Beschwerden		
11.01.2012	Ausschuss für Finanzen		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Grundlagen für die detaillierte Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sind:

- die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung, die mit dem Haushaltsplan 2012 für das Haushaltsjahr 2013 vorgegeben werden
- der Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingung für den Haushaltsjahr 2013 (Anlage 1)
- die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche (Anlage 2)
- die von den Geschäftsbereichen definierten Handlungsschwerpunkte für das Jahr 2013 (Anlage 3)
- die Maßgaben zu den Konsolidierungspotentialen (Anlage 4).

Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene **Fehlbedarf** in Höhe von insgesamt **11,3 Mio. Euro** soll nicht überschritten werden.

2. Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2013. Zur Absicherung der Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2013 eine **Kreditaufnahme** in Höhe von **1,7 Mio. Euro** veranschlagt. Dieser Betrag soll im Rahmen der Erstellung des Finanzplanentwurfes für 2013 nicht überschritten werden.

Fortsetzung Beschlusstext Seite 3

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Bei Einhaltung der vorgeschlagenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 beträgt der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt 2013 höchstens – **11,3 Mio. Euro**. Dieser Wert entspricht der im Rahmen der Haushaltsplanung für 2012 erfolgten mittelfristigen Ergebnisplanung für 2013.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung Beschlusstext:

3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
4. Etwaige Veränderungen bei **nichtzahlungswirksamen** Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
5. Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt in weiten Bereichen über eine moderne Infrastruktur sowie breite und qualitativ hochwertige Einrichtungen in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur und Bildung. Dieses Angebot rechtfertigt eine sozialverträgliche und angemessene finanzielle Beteiligung der Bürger und Kunden der Landeshauptstadt Potsdam, so dass Maßnahmen zur Erreichung höherer Kostendeckungsgrade (Anpassung von Entgelten, Gebühren und Hebesätzen) zu ergreifen sind.
6. Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen zur Haushaltssicherung sind im Rahmen der Haushaltsplanung zu intensivieren. Folgende Zielsetzungen werden im Sinne eines investitionsorientierten Haushalts verfolgt:
 - a. Einhaltung der beschlossenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 bei der Haushaltsplanaufstellung und dem Haushaltsbeschluss für 2013.
 - c. Senkung der in der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2012 für 2014 ff. ausgewiesenen Fehlbedarfe im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Haushaltsjahr 2013. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2013 ist:
 - die Halbierung des in 2012 für 2014 geplanten Fehlbedarfs,
 - die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,
 - die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.
7. Zur Erreichung der in Ziffer 6 definierten Finanzziele sind neue, strukturell wirkende Haushaltssicherungsmaßnahmen mit einem jährlichen Gesamtkonsolidierungsbetrag von mindestens 7 Mio. Euro zu konkretisieren und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2013 mit vorzulegen.

Folgende Konsolidierungspotentiale sollen dazu entwickelt und realisiert werden:

- e. Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B in einem sozialverträglichen und angemessenen Rahmen (zusätzliches Konsolidierungspotenzial jährlich bis 2 Mio. Euro ab 2013).
- f. Optimierung der Finanzströme zwischen der Landeshauptstadt und ihren Beteiligungen, Realisierung erhöhter Ausschüttungen. Darin eingeschlossen: Überprüfung der Notwendigkeit der Ko-Finanzierung des ÖPNV durch die Landeshauptstadt (Finanzierungsvertrag mit der SWP) und Erschließung weiterer Potenziale in einer Größenordnung von mindestens 1 Mio. Euro bis 1,5 Mio. Euro jährlich im Mittelfristzeitraum bis 2016.
- g. Verringerung der Zuschussbedarfe der Geschäftsbereiche durch Aufgabenkritik im Bereich der freiwilligen Leistungen, durch Prozessoptimierung und durch Erhöhung der Kostendeckungsgrade (Anpassung der Ertrags- und Aufwandstrukturen) in den Einrichtungen der Kernverwaltung und bei den zuschussabhängigen Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (zusätzliches Konsolidierungspotenzial jährlich von mindestens 4 Mio. Euro bei mittelfristiger Umsetzung).
- h. Einstellung der Begrüßungsgeldzahlungen an Studierende (Einsparung in Höhe von ca. 270 Tsd. Euro jährlich ab 2013).

Grundlage für diesen Konsolidierungsprozess sind die in Anlage 4 enthaltenen Maßgaben.

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Begründung:

Der Eckwertebeschluss ist ein wichtiges Element der Budgetierung und verankert die Grundzüge der dezentralen Ressourcenverantwortung. Im Eckwertebeschluss definiert die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der Verwaltung den Rahmen für die Gestaltung der Produktbereichs- oder Geschäftsbereichsbudgets. Dieser Rahmen bildet schließlich die Grundlage für die detaillierte Haushaltsplanung,

Die Bemessung der Budgets ist wiederum abhängig von den jeweiligen strategischen Schwerpunkten, auf welche sich die politische Ebene und die Verwaltungsführung vorab und unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Ziele verständigen sollten. Eine Verbindung der strategischen Ziele und der zugehörigen Budgets liegt nahe und lässt sich schlüssig im kommunalen Haushaltsplan abbilden.

Der Festlegung der Budgets geht eine möglichst realistische Betrachtung der finanziellen Rahmenbedingungen für das jeweilige Haushaltsjahr voraus. Durch diese Betrachtung wird letztendlich deutlich, welche Finanzmasse überhaupt zur Verteilung auf die Budgets zur Verfügung steht (siehe Anlage 1).

Die vorgeschlagenen Eckwerte für das Jahr 2013 bilden die Grundlage bzw. den Ausgangspunkt der Haushaltsplanung des Folgejahres und gewährleisten eine konsistente und transparente Verbindung zwischen Jahres- und Mittelfristplanung.

Die Eckwerte basieren auf den aktuell vorliegenden Erkenntnissen und Einschätzungen der Geschäfts- und Fachbereiche zu den zu erwartenden Entwicklungen in den entsprechenden Aufgabenfeldern.

Die Budgetierung erfolgt in der Landeshauptstadt Potsdam über sogenannte Zuschussbudgets (aus der Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge eines Verantwortungsbereiches), in deren Rahmen der Zuschussbedarf der einzelnen Geschäftsbereiche (siehe Anlage 2) in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Jahr 2013 ermittelt wird.

Kommunen in der Haushaltssicherungspflicht können ganz bewusst über die Budgetgestaltung die Wiedererlangung des Haushaltsausgleiches steuern, was durchaus auch in einem mittelfristigen Zeitraum darstellbar ist. In diesem Fall bietet es sich an, im Eckwertebeschluss einen Zielfehlbedarf für das jeweilige Haushaltsjahr festzusetzen. Dieser darf weder durch die Budgetverteilung noch durch die detaillierte Haushaltsplanung überschritten werden und dokumentiert gleichzeitig den ernsthaften Konsolidierungswillen nach innen und nach außen.

Das Ministerium des Innern hat mit Bescheid vom 08.09.2010 gemäß § 63 Abs. 5 BbgKVerf das Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2013 genehmigt. Der in diesem Bescheid erteilten Auflage für das Haushaltssicherungskonzept, den Haushaltsausgleich bereits im Jahr 2016 wieder herzustellen, ist die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 01.09.2010 beigetreten.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen jedoch, dass diese Entscheidung nicht mehr ausreichend ist.

Durch das Auslaufen des Solidarpaktes II bis zum Jahr 2019 ergeben sich für die Landeshauptstadt Potsdam mit großer Wahrscheinlichkeit erhebliche Einbußen bei den investiven Schlüsselzuweisungen. Ohne einen Ausgleich führen die daraus resultierenden Mindereinzahlungen im investiven Bereich des Finanzhaushaltes zu einer deutlichen Einschränkung in der Investitionstätigkeit. Dies ist mit den Anforderungen an eine wachsende Stadt nicht vereinbar.

Dieser Entwicklung kann mit einer nachhaltigen Stärkung des Ergebnishaushaltes entgegengewirkt werden. Dazu müssen der strukturelle Ausgleich der Ergebnisplanung eher erreicht und die Weichen für die Erwirtschaftung von Überschüssen frühzeitig gestellt werden.

Maßnahmen zur Sicherung und Stabilisierung des Haushaltsausgleiches sind in den seltensten Fällen sofort oder innerhalb einiger Monate umsetzbar. Eine Verknüpfung mit den Eckwerten für das Haushaltsjahr 2013 sorgt für eine realistische Vorlaufphase in Hinblick auf einen mittelfristigen Umsetzungszeitraum.



öffentlich

Betreff:

Masterplan, Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GPR)

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 17.04.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.05.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Masterplan und Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GPR) aufzulegen. Dafür werden alle Verwaltungsbereiche insbesondere Bildung, Arbeitsmarktpolitik, Soziale Gerechtigkeit, Integration und demografischer Wandel aufgerufen, emanzipatorische Ansätze und Ziele zum Nachteilsausgleich zu benennen. Im Bildungsbereich sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Genderkompetenz zu erhöhen sowie das Spektrum der Berufswahl von Jungen und Mädchen zu erweitern. Dabei sind in allen pädagogischen Situationen in Kitas, Horten und Schulen eine geschlechtergerechte Didaktik zu fördern.

Ein erster Zustandsbericht mit ersten Maßnahmenvorschlägen ist der SVV im 1. Halbjahr 2013 vorzulegen.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In Potsdam sollen vorhandene Angebote klar benannt und neue Angebote geschaffen werden, um ein Umdenken bei tradierten Rollenvorstellungen, einengenden Männlich- und Weiblichkeitsbildern und partnerschaftlichen Lebenskonzepten zu erreichen.